

# Sélection d'article sur la politique suisse

processus

**Neue Führungsmodell für die Bundesverwaltung (NFB)**

# Imprimer

## Éditeur

Année Politique Suisse  
Institut für Politikwissenschaft  
Universität Bern  
Fabrikstrasse 8  
CH-3012 Bern  
[www.anneepolitique.swiss](http://www.anneepolitique.swiss)

## Contributions de

Bühlmann, Marc

## Citations préféré

Bühlmann, Marc 2025. *Sélection d'article sur la politique suisse: Neue Führungsmodell für die Bundesverwaltung (NFB), 2013 - 2014*. Bern: Année Politique Suisse, Institut de science politique, Université de Berne. [www.anneepolitique.swiss](http://www.anneepolitique.swiss), téléchargé le 09.04.2025.

# Sommaire

|   |   |
|---|---|
| <b>Chronique générale</b>                 | 1 |
| <b>Eléments du système politique</b>      | 1 |
| Institutions et droits populaires         | 1 |
| Organisation de l'administration fédérale | 1 |

# Abréviations

---

# Chronique générale

## Eléments du système politique

### Institutions et droits populaires

#### Organisation de l'administration fédérale

AUTRE  
DATE: 20.11.2013  
MARC BÜHLMANN

Ende November verabschiedete der Bundesrat in seiner Botschaft drei Kernpunkte, mit denen das **Neue Führungsmodell für die Bundesverwaltung (NFB)** umgesetzt werden soll. Die Steuerung sämtlicher Verwaltungseinheiten mit Globalbudgets, die Zusammenführung von Finanzplanung und Voranschlag sowie deren Anreicherung mit Leistungsinformationen sollen die Verwaltung zielorientierter, transparenter und wirtschaftlicher machen. Der Bundesrat möchte die NFB per 2017 einführen. Dies setzt voraus, dass sich die Räte im Vorfeld mit dem Entwurf auseinandersetzen, was für 2014 geplant ist. Skeptiker befürchten, dass das Parlament die Kontrolle über die Verwaltung verlieren könnte, wenn die Ziele der Verwaltungseinheiten schlecht messbar oder diffus formuliert sind. Mit dem Globalbudget könnte das Parlament zudem auf einzelne Budgetposten der Ämter keinen Einfluss mehr nehmen.<sup>1</sup>

OBJET DU CONSEIL FÉDÉRAL  
DATE: 26.09.2014  
MARC BÜHLMANN

Der Nationalrat beugte sich als Erstrat über das **Neue Führungsmodell für die Bundesverwaltung (NFB)**. Hauptziel des NFB ist eine Vereinheitlichung des bisher dualen Steuerungssystems der Verwaltung. Während einige Ämter noch nach der traditionellen Input-Steuerung geführt werden, sind andere bereits so genannte FLAG-Einheiten (Führen mit Leistungsauftrag und Globalbudget). Das NFB will überall ziel- und leistungsorientierte Führungsmodelle einführen. Die Steuerung von Aufgaben und Finanzen soll durch mehr Transparenz der effektiv zu erbringenden Leistungen verbessert werden. So soll mehr Klarheit herrschen, wofür die Mittel überhaupt eingesetzt werden. Zudem soll die ergebnisorientierte Verwaltungsführung weiterentwickelt und insgesamt die Effizienz in der Bundesverwaltung gesteigert werden. Die wichtigste Neuerung stellt dar, dass der Voranschlag künftig mit dem Aufgaben- und Finanzplan verbunden und in einem Dokument vorgelegt wird. So sollen Budgetentscheide stärker faktenbasiert erfolgen können.

Der Antrag der SVP-Fraktion, auf das Geschäft nicht einzutreten, wurde mit 125 zu 44 Stimmen abgelehnt. Alle Fraktionen – mit Ausnahme der Volkspartei – hatten sich positiv über die Stossrichtung des NFB geäußert. Die hauptsächliche Sorge der SVP war ein Verlust an Steuerung durch das Parlament. Bei der Detailberatung versuchte sie deshalb, das NFB so anzupassen, dass die Oberaufsicht des Parlamentes nicht beschnitten werde. Im Prinzip hatte auch die Spezialkommission des Nationalrates, die für das NFB eingesetzt worden war, den Anspruch, die Steuerungsmöglichkeiten des Parlamentes noch zu verbessern. Dies sollte – in Abweichung des Vorschlags des Bundesrates – erreicht werden, indem der Finanzplan und der Entwurf für den Voranschlag gleichzeitig vorgelegt werden (und nicht erst der fertige Voranschlag). Der Finanzplan soll mit Änderungswünschen ergänzt werden können, die dann im nächsten Jahr vom Bundesrat ins Budget aufgenommen werden müssten. Bundesrätin Widmer-Schlumpf unterstützte diesen Kommissionsantrag und die Grosse Kammer übernahm ihn gegen die Opposition von links-grün, wo unnötige Bürokratie befürchtet wurde: Der Finanzplan könne bereits heute mit Motionen abgeändert werden. Freilich sieht die neue Regelung raschere Änderungsmöglichkeiten vor. Der zweite erfolgreiche Änderungsantrag der Kommission zielte auf eine Präzisierung ab: Nachvollziehbar gemacht und transparent dargestellt werden sollen nicht nur die übergeordneten Ziele der Verwaltungseinheiten, sondern auch die detaillierter definierten Leistungs- und Wirkungsziele für die einzelnen Leistungsgruppen. Erfolgreich war ein Minderheitsantrag, der ein Management-Informationssystem fordert, mit dem die Steuerungsprozesse unterstützt werden. Vergeblich wies die Finanzministerin darauf hin, dass die Einführung eines solchen Systems ohnehin geplant sei und es dafür kein Gesetz brauche. Ebenfalls abgeändert wurde die Idee des Bundesrates, keine laufende Prüfung der Einhaltung der Bestimmungen über Subventionen einzuführen, sondern diese wie bisher alle sechs Jahre durchzuführen. Zahlreiche weitere Minderheitsanträge wurden abgelehnt. In der Gesamtabstimmung zeigte sich erneut nur Opposition aus der geschlossenen SVP-Fraktion. Das Geschäft ging mit 125 zu 46 Stimmen weiter an den Ständerat.

In der kleinen Kammer stiess das NFB in der Herbstsession auf keine nennenswerte Opposition. Zwar sei das Geschäft in der Kommission auf Skepsis gestossen, und man habe sich gefragt, ob das alte System so schlecht sei, dass wirklich etwas geändert

werden müsse – so der Kommissionssprecher Altherr (fdp, AR). Letztlich habe in der Kommission aber das Argument obsiegt, dass das alte System auch nicht so gut sei, dass es beibehalten werden müsse. Der Ständerat folgte bis auf eine Ausnahme den Änderungswünschen des Nationalrates. Die Kantonsvertreterinnen und -vertreter erhörten die Finanzministerin und strichen die Forderung nach einem Informationssystem, da ein solches bereits aufgegleist sei. Mit 39 zu 2 Stimmen hiess der Ständerat den so überarbeiteten Entwurf gut.

Noch in der Herbstsession ging das Geschäft zurück an den Nationalrat, der die Vorschläge des Ständerates übernahm. Ohne Erfolg hatte die SVP einen Minderheitsantrag auf Beibehaltung der Verankerung der Idee einer Softwarelösung im Gesetz gestellt. In der Schlussabstimmung passierte das NFB mit 133 zu 61 Stimmen bei vier Enthaltungen im Nationalrat – zu den 57 SVP-Stimmen gesellten sich je eine Stimme aus der BDP- und der FDP-Fraktion sowie zwei Stimmen aus der GP-Fraktion – und mit 38 zu 6 Stimmen bei einer Enthaltung im Ständerat. Auch hier kamen die Gegenstimmen aus der SVP und der BDP.<sup>2</sup>

---

1) BRG 13.092: BBl, 2014, S. 767 (Botschaft und Entwurf); Medienmitteilung BR vom 17.4. und 20.11.13; Presse vom 18.4.13; NZZ, 21.11.13.

2) AB NR, 2014, S. 1020 ff., 1674 ff, 1867; AB SR, 2014, S. 745 ff., 982; BBl 2014, S. 767 ff., 883 ff., 7311 ff.; BRG 13.092; BZ, 12.6.14; BaZ, Blick, 13.6.14; NZZ, 14.6., 11.9.14